



Maßnahmen zur Stabilisierung des Euroraums im 4. Quartal 2022

Analyse

Grundlage für die Analyse sind folgende Dokumente:

- ◆ Bericht des Bundesministers für Finanzen gemäß § 4a Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetz über die im 4. Quartal 2022 ergriffenen Maßnahmen (115/BA)
- ◆ Bericht des Bundesministers für Finanzen gemäß Art. 50c Abs. 3 B-VG iVm § 6 der Anlage 2 zum GOG (ESM-Informationsordnung) über die im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus getroffenen Maßnahmen im 4. Quartal 2022 (116/BA)



Inhaltsverzeichnis

1	Überblick.....	3
2	Hilfsprogramme zur Stabilisierung des Euroraums	4
2.1	Ausstehende Darlehensbeträge	5
2.2	Wirtschaftslage in den Programmländern.....	7
2.2.1	Griechenland.....	8
2.2.2	Irland.....	8
2.2.3	Portugal.....	9
2.2.4	Spanien.....	10
2.2.5	Zypern.....	10
3	Hilfsprogramme seit 2020.....	11
	Abkürzungsverzeichnis.....	14
	Tabellenverzeichnis.....	14



1 Überblick

Der Bundesminister für Finanzen berichtet quartalsweise über die gemäß Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetz (ZaBiStaG) sowie im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ergriffenen Maßnahmen. In der Eurokrise wurden seit dem Jahr 2010 Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Zypern unterstützt. Seit Ausbruch der COVID-19-Krise wurden weitere Hilfsmaßnahmen im ZaBiStaG geregelt.

Die folgende Tabelle enthält die österreichischen Anteile an den Hilfsinstrumenten zum 31. Dezember 2022:

Tabelle 1: Österreichische Anteile an den Hilfsinstrumenten

Maßnahme	Endempfänger	Betrag in Mio. EUR	Obergrenze
Bilaterale Darlehensvergaben	Griechenland	1.320	bis zu jeweils 5.000 Mio. EUR für Kapital und Zinsen
Eingezahltes Kapital ESM	Griechenland, Spanien, Zypern	2.222	19.439 Mio. EUR Stammkapital
Haftungen			
EFSF (Kapital inkl. Übergarantien)	Griechenland, Portugal, Irland	9.260	bis zu 21.639 Mio. EUR für Kapital
SURE-Instrument	19 Mitgliedstaaten der EU	717	bis zu 720 Mio. EUR
Garantiefonds der EIB	Projekte in EU	646	bis zu 650 Mio. EUR, davon 0,2 Mio. EUR ausbezahlt
Ukraine	Ukraine	0	bis zu 102 Mio. EUR

Quelle: BMF.

Aus bilateralen Darlehen an Griechenland (Greek Loan Facility) sind noch 1,32 Mrd. EUR ausständig. Im 4. Quartal 2022 wurden zusätzlich zur vorgesehenen Zahlung bereits die Tilgungszahlungen für 2023 vorzeitig zurückgezahlt. Planmäßig laufen die Rückzahlungen bis zum Jahr 2041.

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) wurde als permanenter Rettungsschirm für den Euroraum eingerichtet. Sein Stammkapital beträgt rd. 705 Mrd. EUR, womit ein Gesamtausleihvolumen von 500 Mrd. EUR ermöglicht wird. Ende 2022 waren Darlehen an Griechenland, Spanien und Zypern iHv insgesamt rd. 86 Mrd. EUR ausständig (siehe Pkt. 2.1). Österreichs Anteil am Stammkapital beträgt 19,4 Mrd. EUR, wovon 2,2 Mrd. EUR eingezahlt wurden und der Rest Rufkapital darstellt.

Haftungen wurden insbesondere für Finanzierungen durch die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) übernommen, die ein Vorgängerinstrument des ESM war. Die EFSF hat Darlehen an Griechenland, Portugal und Irland vergeben. Im 4. Quartal 2022 waren davon noch insgesamt rd. 173 Mrd. EUR ausständig und der österreichische Anteil an den Haftungen betrug 9,3 Mrd. EUR (Kapital inkl. Übergarantien).



Im Zuge der COVID-19-Krise wurde das SURE-Instrument („Support to mitigate Unemployment Risks in an Emergency“) geschaffen, um bedrohte Arbeitsplätze zu schützen. Finanzielle Unterstützung erfolgt in Form von Darlehen an die Mitgliedstaaten, welche durch Sozialanleihen von der Europäischen Kommission (EK) bedeckt werden. Diese werden durch Garantien der Mitgliedstaaten besichert, wobei der österreichische Haftungsanteil 717 Mio. EUR beträgt.

Der Europäische Garantiefonds der Europäischen Investitionsbank (EIB) fördert Finanzierungen von Unternehmen, die negativ von der COVID-19-Krise betroffen sind. Die 22 teilnehmenden EU-Länder leisten ihren Beitrag in Form von Garantien iHv insgesamt rd. 24 Mrd. EUR, der österreichische Anteil beträgt 646 Mio. EUR. Diesbezügliche Zahlungsaufforderungen an Österreich betrugen insgesamt 0,2 Mio. EUR bis Ende 2022.

Im Jänner 2023 hat der Nationalrat beschlossen, dass sich Österreich am Makrofinanzhilfeprogramm der Europäischen Union (EU) für die Ukraine mit Haftungen bis zu 102 Mio. EUR beteiligen kann. Diese Maßnahme fällt zukünftig auch unter die Berichtspflicht im ZaBiStaG.

2 Hilfsprogramme zur Stabilisierung des Euroraums

Als Instrumente zur Stabilisierung des Euroraums dienten zunächst bilaterale Darlehen, der Europäische Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM)¹ und die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF). EFSM und EFSF wurden durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) abgelöst. Über diesen permanenten Rettungsschirm werden seit 1. Juli 2013 neue Programme abgewickelt. Von dessen möglichem Gesamtausleihvolumen iHv 500 Mrd. EUR waren 414 Mrd. EUR zum Jahresende 2022 verfügbar. Darlehen des IWF wurden mittlerweile wieder vollständig zurückbezahlt.

¹ Darlehen des EFSM sind über den EU-Haushalt garantiert und sind daher nicht Teil der in Tabelle 1 angeführten (unmittelbaren) österreichischen Haftungen.



Darlehen wurden an Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Zypern vergeben. Die Stabilisierungsprogramme sind in diesen fünf Programmländern mittlerweile abgeschlossen und die Länder unterliegen der Post-Programm-Überwachung mit halbjährlichen Prüfmissionen. Entsprechende Prüfberichte veröffentlicht die EK jeweils im Frühjahr und Herbst.

Als schuldenerleichternde Maßnahme erhielt Griechenland Zuschüsse aus Zins-einkünften für griechische Anleihen, die von den Notenbanken im Rahmen des Wertpapierankaufprogramms (Securities Market Programme, SMP) der Europäischen Zentralbank (EZB) erworben wurden. Die Überweisungen Österreichs dafür iHv insgesamt 207,7 Mio. EUR wurden Ende 2022 abgeschlossen.

2.1 Ausstehende Darlehensbeträge

Die nachstehende Tabelle zeigt die ausstehenden Beträge aus Darlehen an die Programmländer zum 31. Dezember 2022 gegliedert nach Ländern und Stabilisierungsinstrumenten:

Tabelle 2: Ausstehende Darlehensbeträge zum 31. Dezember 2022

<i>in Mrd. EUR</i>	Bilaterale Finanzhilfe- programme	EFSM	EFSF	ESM	Summe	Anteil am BIP 2022
Griechenland	44,8		130,9	59,9	235,6	112%
Irland		22,5	17,7		40,2	8%
Portugal		24,3	24,1		48,4	20%
Spanien				20,1	20,1	2%
Zypern				6,3	6,3	24%
Summe	44,8	46,8	172,7	86,3	350,6	

Quellen: ESM, BMF, AMECO, eigene Berechnungen.

Griechenland hat im 4. Quartal 2022 neben der planmäßigen Tilgung der bilateralen Darlehen auch die Tilgungszahlungen für 2023 vorzeitig geleistet. Damit sind diesbezüglich noch 44,8 Mrd. EUR ausständig, deren Rückzahlung bis zum Jahr 2041 geplant ist. Darlehen iHv 130,9 Mrd. EUR aus der EFSF werden planmäßig zwischen 2023 und 2070 getilgt und die Darlehen des ESM iHv 59,9 Mrd. EUR zwischen 2034 und 2060. Insgesamt waren zum Jahresende 2022 somit 235,6 Mrd. EUR ausständig, was einem Anteil von 112 % des griechischen BIP entsprach. In ihrem ersten Bericht zur Post-Programm Überwachung hat die EK festgestellt, dass Griechenland seine Reformverpflichtungen erfüllt hat. Deshalb wurde die letzte Tranche schulden-erleichternder Maßnahmen von der Euro-Gruppe freigegeben (Zuschüsse aus dem



Ankaufsprogramm der EZB und Zinsreduktion bei EFSF-Darlehen). Die Schuldenquote soll weiterhin deutlich zurückgehen und von einem Höchststand bei 206 % des BIP im Jahr 2020 auf 157 % im Jahr 2024 sinken (siehe Pkt. 2.2). Die EK betont jedoch, dass die Schuldentragfähigkeit entscheidend davon abhängt, dass die prognostizierte strukturelle Verbesserung des Primärsaldos erreicht wird.

Irland erhielt Darlehen iHv 17,7 Mrd. EUR von der EFSF, welche in den Jahren 2029 bis 2042 getilgt werden sollen. Bei den Darlehen des EFSM iHv insgesamt 22,5 Mrd. EUR werden 2,0 Mrd. EUR im Jahr 2023 fällig, die übrige Tilgung erfolgt schrittweise bis 2042. Der insgesamt ausstehende Darlehensbetrag iHv 40,2 Mrd. EUR entsprach 8 % des irischen BIP 2022. Die EK bewertet in ihrem jüngsten Bericht zur Post-Programm Überwachung vom November 2022 das irische Finanzsystem als weiterhin solide. Die Risikoauflagen der Staatsanleihen und die Bonität sind stabil geblieben.

In **Portugal** waren zum Jahresende 2022 Darlehen iHv insgesamt 48,4 Mrd. EUR bzw. 20 % des BIP ausständig. Darlehen iHv 24,3 Mrd. EUR vom EFSM sollen von 2023 bis 2042 getilgt werden, die übrigen 24,1 Mrd. EUR von der EFSF von 2025 bis 2040. Gemäß Prüfbericht der EK vom November 2022 sind Portugals Finanzierungsbedingungen weiterhin günstig und die Schuldentragfähigkeit ist gegeben. Die Finanzergebnisse der Banken haben sich in der ersten Hälfte 2022 weiter verbessert, weil der Anteil notleidender Kredite trotz des Auslaufens von Kreditmoratorien sank.

Spanien hat im vierten Quartal 2022 planmäßig 3,6 Mrd. EUR der Darlehen des ESM getilgt. Damit waren noch 20,1 Mrd. EUR bzw. 2 % des spanischen BIP ausständig, welche bis 2027 zurückgezahlt werden sollen. Laut Prüfbericht der EK vom November 2022 ist die Schuldentragfähigkeit gegeben und Spaniens Schuldenquote würde sich gemäß Prognose mittelfristig bei 114 % des BIP stabilisieren, obwohl das Defizit bis 2024 über 3 % liegen soll (siehe Pkt. 2.2). Der Bankensektor hat sich auch nach dem Auslaufen der Unterstützungsmaßnahmen als widerstandsfähig erwiesen.

Zypern hat Darlehen iHv 6,3 Mrd. EUR vom ESM erhalten, deren Rückzahlung planmäßig von 2025 bis 2031 stattfindet. Dieses Darlehen entspricht 24 % des zyprischen BIP im Jahr 2022. Gemäß Prüfbericht der EK vom November 2022 sind die Schulden tragfähig und ihr Rating hat sich teilweise verbessert. Der Anteil notleidender Kredite im Bankensektor blieb stabil.



2.2 Wirtschaftslage in den Programmländern

In der nachstehenden Tabelle werden die wichtigsten Kennzahlen zur Wirtschaftslage und den öffentlichen Haushalten der von den Hilfsmaßnahmen in der Eurokrise betroffenen Länder anhand der Prognosen der EK dargestellt. Die Schätzungen zum BIP und der Inflation stammen hierbei aus der aktuellen Winterprognose vom Februar 2023, während Zahlen zu Arbeitslosenquote, Budgetsaldo und öffentlichem Schuldenstand der umfassenderen Herbstprognose vom November 2022 entnommen sind.

Tabelle 3: Wirtschaftskennzahlen in den Programmländern

	BIP, real			Arbeitslosenquote			Inflation			Budgetsaldo			öffentl. Schuldenstand		
	Veränderung ggü VJ in %			in % der Erwerbspersonen			Veränderung ggü VJ in %			in % des BIP			in % des BIP		
	EK vom 13. Feb 2023			EK vom 11. Nov 2022			EK vom 13. Feb 2023			EK vom 11. Nov 2022			EK vom 11. Nov 2022		
	2022	2023	2024	2022	2023	2024	2022	2023	2024	2022	2023	2024	2022	2023	2024
Griechenland	5,5	1,2	2,2	12,6	12,6	12,1	9,3	4,5	2,4	-4,1	-1,8	-0,8	171,1	161,9	156,9
Irland	12,2	4,9	4,1	4,4	4,8	5,0	8,1	4,4	2,1	0,2	0,8	1,2	44,7	41,2	39,3
Portugal	6,7	1,0	1,8	5,9	5,9	5,7	8,1	5,4	2,6	-1,9	-1,1	-0,8	115,9	109,1	105,3
Spanien	5,5	1,4	2,0	12,7	12,7	12,6	8,3	4,4	2,3	-4,6	-4,3	-3,6	114,0	112,5	112,1
Zypern	5,8	1,6	2,1	7,2	7,2	6,9	8,1	4,0	2,5	1,1	1,1	1,6	89,6	84,0	77,7
Euroraum	3,5	0,9	1,5	6,8	7,2	7,0	8,4	5,6	2,5	-3,5	-3,7	-3,3	93,6	92,3	91,4
EU	3,5	0,8	1,6	6,2	6,5	6,4	9,2	6,4	2,8	-3,4	-3,6	-3,2	86,0	84,9	84,1

Anmerkungen: Die Arbeitslosenquote wird nach Eurostat-Definition und die Inflation gemäß harmonisiertem Verbraucherpreisindex gemessen.

Quellen: Winterprognose 2023 der EK (BIP und Inflation), Herbstprognose 2022 der EK (Arbeitslosenquote, Budgetsaldo, Schuldenstand).

Die EK hat in ihrer aktuellen Prognose wegen der positiven Entwicklungen seit dem Herbst die Wachstumserwartungen für das BIP im Allgemeinen angehoben und die Inflationsprognose gesenkt. Im Euroraum wird nunmehr ein reales BIP-Wachstum iHv 0,9 % im Jahr 2023 sowie um 1,5 % im Jahr 2024 erwartet. Die prognostizierten Wachstumsraten in den fünf Programmländern liegen jeweils darüber, wobei Irland weiterhin ein Ausreißer mit besonders hohen Wachstumsraten (2023: 4,9 %) ist. Die geschätzten Inflationsraten betragen für den Euroraum 5,6 % im Jahr 2023 und 2,5 % im Jahr 2024 und liegen in den Programmländern tendenziell leicht niedriger (2023: 4,0 % bis 5,4 %, 2024: 2,1 % bis 2,6 %).

Die weiteren Prognosedaten stammen noch aus der älteren Herbstprognose, sodass beispielsweise die erwarteten Arbeitslosenquoten noch nicht die günstigeren Wachstumsaussichten berücksichtigen. Sie liegen in den Programmländern ebenso wie im Euroraum in den Jahren 2023 und 2024 auf einem jeweils ähnlichen Niveau wie im Jahr 2022. Zwischen den Programmländern zeigt sich eine größere Streuung mit unter 5 % in Irland und über 12 % in Griechenland und Spanien. Die erwarteten



Budgetsalden von Irland und Zypern weisen in den Jahren 2022 bis 2024 jeweils einen Überschuss aus und in den anderen Ländern werden zurückgehende Defizite erwartet. Nur in Spanien ist das prognostizierte Defizit mit 4,3 % im Jahr 2023 und 3,6 % im Jahr 2024 über 3 %. Das nominelle BIP-Wachstum führt dazu, dass die Schuldenquote in allen Ländern rückläufig ist. In Griechenland soll sie von 171 % des BIP im Jahr 2022 auf 157 % im Jahr 2024 zurückgehen, am niedrigsten ist sie in Irland mit prognostizierten 39 % im Jahr 2024.

2.2.1 Griechenland

Gemäß Herbstprognose der EK deuteten die hohen Energiekosten und die Verschlechterung des außenwirtschaftlichen Umfelds auf eine erhebliche Verlangsamung der Wirtschaftsleistung nach dem unerwartet guten Ergebnis im ersten Halbjahr 2022 hin. Der Aufbau- und Resilienzplan unterstützt die Wirtschaft und die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen dämpfen die Auswirkungen auf die Realeinkommen.

Das gesamtstaatliche Defizit wird voraussichtlich von 7,5 % des BIP im Jahr 2021 auf 4,1 % im Jahr 2022 sinken, was vor allem auf das Auslaufen der pandemiebezogenen Maßnahmen und die wirtschaftliche Erholung zurückzuführen ist. Im Jahr 2023 wird ein weiterer Rückgang auf 1,8 % des BIP erwartet, weil der prognostizierte Primärsaldo (ohne Zinsausgaben) wieder einen Überschuss iHv 1,1 % des BIP aufweist. Die Schuldenquote soll auf 162 % im Jahr 2023 und 157 % im Jahr 2024 zurückgehen.

In der aktuellen Winterprognose wurden die Wachstumsaussichten für 2023 zwar angehoben, Abwärtsrisiken beim BIP bestehen aber im Bereich des internationalen Tourismus. Das prognostizierte BIP-Wachstum beträgt 1,2 % im Jahr 2023 und 2,2 % im Jahr 2024. Die erwartete Inflationsrate im Jahr 2023 beträgt 4,5 %, wobei die in der Prognose noch nicht berücksichtigte Anhebung des Mindestlohns ab April diese steigern könnte.

2.2.2 Irland

Die dynamische Entwicklung von Privatkonsum, Investitionen und Nettoexporten führte zu einem weiterhin starken irischen BIP-Wachstum. Gemäß aktueller Winterprognose soll es von 12,2 % im Jahr 2022 auf 4,9 % im Jahr 2023 und 4,1 % im Jahr 2024 zurückgehen. Die Beschäftigung erreichte im letzten Jahr einen neuen Höchstwert und die Arbeitslosenquote ging auf 4,4 % zurück.



Für das Jahr 2022 wurde in der Herbstprognose wegen des starken Einnahmewachstums ein leicht positiver Maastricht-Saldo erwartet. Die Überschüsse sollen 2023 auf 0,8 % und 2024 auf 1,2 % des BIP anwachsen. Dadurch fällt die erwartete Schuldenquote von 55,4 % des BIP im Jahr 2021 rasch auf 39,3 % im Jahr 2024. Abwärtsrisiken werden bei der Körperschaftsteuer gesehen, deren Aufkommen nur vorübergehend auf dem derzeit sehr hohen Niveau bleiben könnte.

Der Inflationsdruck hat gemäß Winterprognose in den letzten Monaten abgenommen. Die Inflationsrate soll von 8,1 % im Jahr 2022 schrittweise zurückgehen und 4,4 % im Jahr 2023 sowie 2,1 % im Jahr 2024 betragen.

2.2.3 Portugal

Die starke Zunahme von ausländischem Tourismus steigerte das Wirtschaftswachstum im Jahr 2022. Gemäß aktueller Prognose war das Wachstum trotz Abschwächung auch im vierten Quartal noch positiv. Im Gesamtjahr 2022 stieg das BIP um 6,7 %. Für die Jahre 2023 und 2024 werden noch Wachstumsraten iHv 1,0 % sowie 1,8 % prognostiziert. Die Arbeitslosenquote lag 2022 mit 5,9 % unter dem Vorkrisenniveau und die offenen Stellen erreichten einen Rekordwert.

In der Herbstprognose wurde ein Rückgang des Maastricht-Defizits auf 1,9 % im Jahr 2022 erwartet. Dieser Trend soll sich 2023 und 2024 mit Defiziten iHv 1,1 % sowie 0,8 % fortsetzen. Dabei wird prognostiziert, dass sich die dynamische Entwicklung der Staatseinnahmen fortsetzt, während die Ausgaben durch das Zurückfahren von COVID-19-Maßnahmen und steuerpolitischen Maßnahmen im Energiebereich nur moderat steigen. Durch das hohe nominelle BIP-Wachstum soll die Schuldenquote von 126 % im Jahr 2021 auf 105 % im Jahr 2024 zurückgehen.

Die portugiesische Inflationsrate wurde im Jahr 2022 auch durch gestiegene Lebensmittelpreise in Folge einer extremen Dürre angetrieben. Sie betrug 8,1 % im Jahr 2022 und wird in der aktuellen Winterprognose rückläufig auf 5,4 % im Jahr 2023 und 2,6 % im Jahr 2024 erwartet.



2.2.4 Spanien

Auch in Spanien schwächte sich das Wachstum in der zweiten Jahreshälfte 2022 ab. Der Arbeitsmarkt blieb während der Pandemie widerstandsfähig. Die Arbeitslosenquote soll in den Jahren 2023 und 2024 mit knapp 13 % ähnlich hoch bleiben wie im Jahr 2022. Das Lohnwachstum nimmt zwar zu, wird aber 2023 niedriger als die Inflation erwartet, wodurch es zu Kaufkraftverlusten kommt.

Im Jahr 2022 wurden mehrere Maßnahmenpakete beschlossen, um die Auswirkungen der hohen Energiepreise abzumildern. Einige dieser Maßnahmen, darunter die Ermäßigung der Mehrwertsteuer auf Strom und Gas, die Befreiung von der Steuer auf den Wert der Stromerzeugung sowie die Senkung der Sondersteuer auf Strom verringerten die Staatseinnahmen, andere erhöhten die Ausgaben. Trotzdem führte das starke Einnahmenwachstum zu einem geringeren Defizit, welches laut Herbstprognose 4,6 % im Jahr 2022 beträgt. Für die Folgejahre wurden weitere Rückgänge auf 3,6 % im Jahr 2024 erwartet. Wegen des nominellen BIP-Wachstums kommt es bei der prognostizierten Schuldenquote trotz Defiziten zu leichten Rückgängen von 118 % im Jahr 2021 auf 112 % im Jahr 2024.

Gemäß aktueller Prognose wird das erwartete BIP-Wachstum 2023 iHv 1,4 % durch die sich abschwächende Inflation und eine weitere Normalisierung beim Tourismus unterstützt. Einen negativen Effekt könnten Verschlechterungen bei der finanziellen Lage von Haushalten und Unternehmen sowie eine Abschwächung am Arbeitsmarkt haben. Die Energiepreise sind zwar zurückgegangen, aber ihre Überwälzung auf andere Güter hat zugenommen. Die für das Jahr 2023 prognostizierte Inflationsrate beträgt 4,4 %.

2.2.5 Zypern

Die inländische Nachfrage war hauptverantwortlich für das starke Wirtschaftswachstum in der ersten Jahreshälfte 2022. Der Tourismus erreichte im letzten Jahr 80 % des Vorkrisenniveaus. In der aktuellen Winterprognose wird ein Rückgang des realen BIP-Wachstums von 5,8 % im Jahr 2022 auf 1,6 % im Jahr 2023 erwartet, bevor es 2024 mit 2,4 % wieder ansteigt. Die Arbeitslosenquote ging 2022 langsam auf 7,2 % zurück und soll im Jahr 2023 stabil bleiben.



Die Entwicklung des öffentlichen Haushalts war in den letzten beiden Jahren besser als erwartet. Wegen des starken Einnahmenwachstums wurde in der Herbstprognose ein Überschuss iHv 1,1 % des BIP im Jahr 2022 prognostiziert. Auch in den Jahren 2023 und 2024 werden Überschüsse iHv 1,1 % bzw. 1,6 % erwartet. Diese reduzieren ebenso wie das nominelle BIP-Wachstum die zyprische Schuldenquote, welche von 101 % des BIP im Jahr 2021 rasch auf 78 % im Jahr 2024 fallen soll.

Wegen Zyperns hoher Abhängigkeit von Erdölprodukten hatten gestiegene Ölpreise einen starken Einfluss auf die Inflation. Im Jahresschnitt 2022 erreichte sie 8,1 %. Im Jahr 2023 wird sie von fallenden Energiepreisen gedämpft, während das Lohnwachstum einen positiven Einfluss hat. In der Winterprognose werden Inflationsraten iHv 4,0 % im Jahr 2023 sowie 2,5 % im Jahr 2024 erwartet.

3 Hilfsprogramme seit 2020

Zur Bewältigung der COVID-19-Krise wurden auf europäischer Ebene ein Garantiefonds der Europäischen Investitionsbank (EIB) zur Unterstützung der Unternehmensfinanzierung und das SURE-Instrument („Support to mitigate Unemployment Risks in an Emergency“) für Darlehen an die Mitgliedstaaten zur Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken eingerichtet. Das neue Pandemic Crisis Support Instrument des ESM, welches als Notfallfinanzierung in der COVID-19-Krise gedacht war, wurde von keinem Mitgliedstaat in Anspruch genommen und ist mit Ende 2022 ausgelaufen.

Der **Europäische Garantiefonds** der EIB fördert die Finanzierung von Unternehmen. Die 22 teilnehmenden EU-Länder leisten ihren Beitrag in Form von Garantien iHv insgesamt 24,4 Mrd. EUR, wobei der Anteil Österreichs rd. 646 Mio. EUR beträgt. Per 31. Dezember 2022 wurden Projekte mit einem Garantievolumen iHv 23,5 Mrd. EUR genehmigt, womit Investitionen iHv 183,5 Mrd. EUR mobilisiert werden sollen. Etwa ein Viertel der Projekte ist länderübergreifend, vier Projekte mit einer Genehmigungssumme iHv 244 Mio. EUR betreffen ausschließlich Österreich. Der erwartete Verlust aus den übernommenen Garantien beträgt 16,8 %. Die Zahlungsaufforderungen an Österreich betrugen insgesamt rd. 0,2 Mio. EUR bis zum 4. Quartal 2022 und enthalten Rechts-, Audit- und Beratungskosten.

Das **SURE-Instrument** soll durch die COVID-19-Krise bedrohte Arbeitsplätze schützen. Finanzielle Unterstützung in Form von Darlehen soll den Mitgliedstaaten helfen, öffentliche Ausgaben für Beschäftigungserhaltungsmaßnahmen zu bedecken.



Insgesamt sind Darlehen aus dem Unionshaushalt von bis zu 100 Mrd. EUR vorgesehen. Zur Finanzierung begibt die EK Sozialanleihen, welche durch Garantien der Mitgliedstaaten iHv 25 Mrd. EUR abgesichert werden. Die Republik Österreich kann dabei Haftungen in Form von Garantien von bis zu 720 Mio. EUR zuzüglich Zinsen und allfälliger Kosten übernehmen.

Gemäß den Vorschlägen der EK hat der Rat EU-Darlehen für 19 Mitgliedstaaten iHv insgesamt rd. 98,4 Mrd. EUR genehmigt, wobei die durchschnittliche Laufzeit jeweils bis zu 15 Jahre beträgt. Bis Jahresende 2022 wurden diese Mittel vollständig ausbezahlt und weitere Darlehensvergaben sind nicht mehr möglich. Die Verzinsung der Darlehen liegt wegen der Absicherung durch Garantien teilweise deutlich unter der Verzinsung von Staatsanleihen der betroffenen Mitgliedstaaten, sodass sich für diese ein Zinsvorteil ergibt. Keine Nachfrage nach Darlehen im Rahmen des SURE-Programms besteht hingegen von jenen Mitgliedstaaten, die sich selbständig zu vergleichbaren oder günstigeren Konditionen verschulden können. Die folgende Tabelle enthält die Darlehensbeträge für die einzelnen Mitgliedstaaten:

Tabelle 4: EU-Darlehen im Rahmen des SURE-Instruments

<i>in Mrd. EUR</i>	zugesagt und ausbezahlt	<i>in % des BIP 2019</i>
Italien	27,44	1,5%
Spanien	21,32	1,7%
Polen	11,24	2,1%
Belgien	8,20	1,7%
Portugal	6,23	2,9%
Griechenland	6,17	3,4%
Tschechische Republik	4,50	2,0%
Rumänien	3,00	1,3%
Irland	2,47	0,7%
Kroatien	1,57	2,9%
Slowenien	1,11	2,3%
Litauen	1,10	2,3%
Bulgarien	0,97	1,6%
Ungarn	0,65	0,4%
Zypern	0,63	2,8%
Slowakei	0,63	0,7%
Lettland	0,47	1,5%
Malta	0,42	3,1%
Estland	0,23	0,8%
Gesamt	98,36	-

Quellen: EK, AMECO, eigene Berechnungen.



Die größten Darlehensvolumina wurden Italien (27,4 Mrd. EUR), Spanien (21,3 Mrd. EUR) sowie Polen (11,2 Mrd. EUR) ausbezahlt. Relativ zum BIP vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie im Jahr 2019 liegen die Darlehen der teilnehmenden Mitgliedstaaten zwischen 0,4 % des BIP in Ungarn und 3,4 % des BIP in Griechenland.



Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
EFSF	Europäische Finanzstabilisierungsfazilität
EFSM	Europäische Finanzstabilisierungsmechanismus
EIB	Europäische Investitionsbank
EK	Europäische Kommission
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
EU	Europäische Union
EUR	Euro
iHv	in Höhe von
Mio.	Million(en)
Mrd.	Milliarde(n)
rd.	rund
SMP	Securities Markets Programme
SURE	Support to mitigate Unemployment Risks in an Emergency
ZaBiStaG	Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetz

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Österreichische Anteile an den Hilfsinstrumenten	3
Tabelle 2: Ausstehende Darlehensbeträge zum 31. Dezember 2022	5
Tabelle 3: Wirtschaftskennzahlen in den Programmländern.....	7
Tabelle 4: EU-Darlehen im Rahmen des SURE-Instruments	12